

Illnau-Effretikon

Truninger holt im Parlament zum Rundumschlag aus

Die finanzielle Unterstützung an ein Referendumskomitee beschäftigt den Illnau-Effretiker Stadtrat weiter – unfreiwillig. Für SVP-Gemeinderat René Truninger sind noch immer Fragen offen.

von Isabel Heusser, 05.10.2017, 22:05 Uhr



Der Stadtrat musste sich an der Parlamentssitzung vom Donnerstagabend einiges anhören. (Archivbild: Seraina Boner)

Die Sache schien erledigt. Der Illnau-Effretiker Stadtrat hätte das Referendumskomitee gegen die Änderung des Gesetzes über die Jugendheime und Pflegekinder nicht mit 5000 Franken unterstützen dürfen, befand die kantonale Direktion der Justiz und des Innern. Die Exekutive akzeptierte das Urteil und erhielt das Geld vom Komitee zurück (wir berichteten).

Doch Gemeinderat René Truninger (SVP), der gegen die finanzielle Unterstützung Beschwerde eingereicht hatte, beschäftigt das Vorgehen des Stadtrates weiterhin. Das zeigte sich an der Parlamentsitzung vom Donnerstag. Im Nachgang zum Urteil reichte Truninger eine Interpellation ein – bereits seine Zweite zum Thema. Eigentlich sei die Sache ja gegessen, räumte er selber ein. Wegen «unqualifizierter Aussagen» von Stadtrat Samuel Wüst (SP) habe er aber nochmals aktiv werden müssen.

Dieser musste sich in der Folge einiges anhören. Unter anderem kritisierte Truninger Wüsts Aussage gegenüber dem ZO/AvU, die 5000 Franken seien eine «symbolische Geste» gewesen: «Interessant, dass man Steuergelder als symbolische Gelder ausgeben kann», sagte der Gemeinderat. Wüst hatte weiter dem ZO/AvU gegenüber erwähnt, die Exekutive werde Referenden künftig wahrscheinlich «vorsorglich» unterstützen. «Das ist doch einfach unglaublich. Ich weiss gar nicht, was ich dazu sagen soll», so Truninger.

«Das ist unglaublich»

Truninger will nun wissen, ob der Gesamtstadtrat den rechtlichen Rahmen vor seiner «fragwürdigen Beschlussfassung» diskutiert habe. Und er fragt, warum die Auslösung der Zahlung vom Stadtrat nicht sofort nach Bekanntwerden der Beschwerde gestoppt worden sei – «obwohl der Stadtrat ja scheinbar selbst davon ausging, dass sein Beschluss nicht zulässig sein wird.»

Truningers erste Interpellation beantwortete Stadtpräsident Ueli Müller (SP) auf dessen Wunsch mündlich. Auf die Frage, ob es der Stadtrat als politisch legitim erachte, mit Steuergeldern in den Wahlkampf einzugreifen, antwortete Müller: «Es ist Aufgabe des Stadtrates, sich für die Interessen der Stadt einzusetzen.» Illnau-Effretikon sei von überdurchschnittlich hohen Sozialausgaben betroffen, so Müller.

Truninger wollte wissen, wie der Stadtrat sicherstelle, dass künftig weder Wahl- noch Abstimmungskämpfe durch einzelne Ressortvorsteher unterstützt werden. «Das aktuelle Beispiel zeigt, dass kein weiterer Regelungsbedarf besteht», so Müller. «Es ist das Grundverständnis des Stadtrats, dass der Gesamtstadtrat unabhängig von den Finanzkompetenzen über die Unterstützung eines Referendumskomitees entscheidet.»

Er stelle mit Erstaunen fest, dass die Tatsache, dass der Stadtrat nicht hätte in den Abstimmungskampf eingreifen dürfe, nicht beim Stadtrat angekommen sei, kommentierte Truninger die Antworten. «Es stellt sich für mich die Frage, ob im Königreich Illnau-Effretikon keine Regeln gelten.»

Kritik von der CVP

Sein Vorgehen kam nicht überall gut an. So sagte Matthias Müller (CVP): «Die Abstimmung ist vorbei, der Rekurs vom Tisch, die Stadt hat das Geld zurückbekommen, und dennoch reden wir hier über eine Interpellation, die am 1. Juli als dringlich eingereicht wurde. Da kann ich mir nur die Augen reiben.» Die Behandlung der Interpellation war verschoben worden, weil Truninger an der letzten Sitzung nicht anwesend war. Es sei erstaunlich, dass sich bei den neun Mitunterzeichnenden niemand gefunden habe, um Truninger zu vertreten, so Müller. «Das Vorgehen zeigt auf, wie deutlich der Leerlauf ist, wenn man eine Interpellation aus strategischen Gründen als dringlich bezeichnet.»

Das wollte Truninger nicht auf sich sitzen lassen. «Die Interpellation konnte nicht irgendjemand übernehmen, und ich hatte nun mal einen runden Geburtstag zu feiern.»

Motion von der SP/Juso

Zu Reden gab auch Andreas Haslers (GLP) Interpellation zum «Eselriet-Slalom» des Stadtrates. Dieser hatte beschlossen, die Eisflächen im Sportzentrum im Herbst drei Wochen früher zu öffnen und im Frühling eine Woche später zu schliessen. So kann der Eishockey-Club (EIE) länger trainieren. Noch im Jahr 2014 lehnte der Stadtrat eine Verlängerung der Wintersaison ab.

Die Exekutive begründete den Meinungsumschwung damit, dass sich die Rahmenbedingungen geändert hätten. Der EIE übernimmt mit 30'000 Franken einen Grossteil der entstehenden Mehrkosten. Ausserdem gestalte sich die Suche nach freien Eisflächen im Frühherbst für eine adäquate Saisonvorbereitung und im Spätwinter für Meisterschaftsspiele zunehmend schwieriger.

Die Antwort des Stadtrates vermochte nicht alle Parlamentarier zu überzeugen. Katharina Morf (FDP) fand zwar, die Argumente seien nachvollziehbar. Interpellant Andreas Hasler sah das anders. Er störte sich ausserdem daran, dass der Energieberater in seinem Bericht «hochpolitische» Aussagen mache.

Die SP/Juso-Fraktion nutzte die Gelegenheit für einen politischen Vorstoss. «Wir haben der Bevölkerung das Versprechen abgegeben, dass Eiszeit nicht verlängert wird», sagte Brigitte Röösl. Deshalb müsse man nun glaubwürdig sein: «Den Energieverbrauch zu kompensieren, ist der einzige Weg.» Die SP/Juso-Fraktion reichte deshalb eine Motion für eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Eishalle des Sportzentrums ein.

Beitrag merken



Entscheid des Kantons

Stadtrat hätte Komitee kein Geld geben dürfen



Saisonverlängerung in Sportzentrum Effretikon

Der «Eselriet-Slalom» schürt Zweifel